

STRATEGIEDEBATTE IN DER LINKEN

Bericht zur Regionalkonferenz im Bürgerhaus Güstrow am 18.01.2020

Wo steht unsere Partei und wie soll sie sich entwickeln in den kommenden Jahren? Wie verschaffen sich die Genossinnen und Genossen Gehör bei den Wähler*innen, die sich gefühlt entweder für die rechtsextreme AfD (Deutsche zuerst!) oder für die GRÜNEN (Umwelt zuerst!) entscheiden. Die Bundespartei hat eine Debatte über die zukünftige Strategie der LINKEN ausgerufen und nun finden in einigen Bundesländern Regionalkonferenzen statt. In Güstrow eröffnete unsere Co-Landesvorsitzende Wenke Brüdgam die Regionalkonferenz M-V. Sie sprach über aktuelle Herausforderungen, betonte die Notwendigkeit, auch in schwierigen Zeiten zusammenzuhalten und als heterogene Partei eine Mannschaft zu bilden. Sie sagte: „Bei allen Diskussionen sollten wir immer in Betracht ziehen, dass vielleicht auch der Andere recht haben könnte.“

Es folgte ein Vortrag des Bundesgeschäftsführers, Jörg Schindler. Er sprach über die Schwerpunkte und Ziele der Strategiedebatte sowie über den krisengeschüttelten Neoliberalismus.

Als LINKE möchten wir über jene gesellschaftliche Debatte sprechen, die wir als LINKE zuvor prägen sollen. Jörg skizzierte kurz die Geschichte der Partei und konzentrierte sich dann auf die Entwicklung des Neoliberalismus. Die AfD nimmt hier eine spezielle Rolle ein: Ihr Rechtsextremismus ist nämlich auch eine Kritik am Neoliberalismus. Sie wollen die Grenzen schließen und am liebsten nur noch den Deutschen staatliche Leistungen zukommen lassen. Und was wollen wir? Was wollen wir stattdessen? Bei der Beantwortung dieser Frage müssen wir die Themen Digitalisierung, Klimawandel und die Veränderungen in der Arbeitswelt mitdenken. Und dabei sollen nicht nur die Deutschen zufrieden leben können, sondern auch

alle anderen Menschen. Diese Fragen haben wir bisher nicht beantwortet. Das schlechte Ergebnis der Europawahl ist Ausdruck dieser fehlenden Orientierung. Jörg Schindler meint, wir bräuchten ein gemeinsames Projekt. Wir haben ein größeres Wähler*innenpotential und müssen dieses ausschöpfen. Wir brauchen ein radikales Herangehen an gesellschaftliche Fragen, denn nur wir beantworten die Fragen der heutigen Zeit grundsätzlich. Andere Parteien tun dies nicht. Als LINKE wollen wir den Kapitalismus überwinden und Arbeit neu gestalten. Nur wir wollen einen politischen Richtungswechsel, nur wir bieten sozialistische Lösungen an. Schindler spricht von einem Werkzeugkasten der radikalen Kapitalismuskritik, den wir benutzen sollen.



Unser Co-Vorsitzender Torsten Koplin moderierte anschließend die lebhafte Diskussion im Plenum, die sich an vier Fragestellungen orientierte: Wie sehen die aktuellen Kräfteverhältnisse aus? Welche Bündnisoptionen gibt es für uns als Partei? Was sind unsere Stärken und Schwächen? Wie stehen wir zu den ent-

scheidenden Themen unserer Zeit? Im Zuge der Debatte kam es zu folgenden Anregungen (zusammengefasst):

Grundsätzlich ist eine Strategie der Weg, die Programmatik umzusetzen. In Erfurt hat DIE LINKE ein Programm beschlossen und die Diskussion, wie dieses Programm umgesetzt werden muss, ist nun zentral. Zunächst wird klargestellt, dass der Mensch im Mittelpunkt steht und seine Gefühle angesprochen werden müssen. Dabei gilt: Wir wollen eine weltoffene und solidarische Gemeinschaft. In diesem Zusammenhang ist auch die entsprechende Besetzung des Heimatbegriffes richtig und wichtig. In Bezug auf andere Themen wurde mehrfach festgestellt, wir würden uns verzetteln. Stattdessen brauchen wir zentrale Anliegen, die wir so oft wie nur möglich wiederholen müssen: Frieden und Abrüstung, eine solidarische und sozial ausgewogene Klimapolitik, aber auch Bildung wurde genannt. Eine Zukunft haben wir nur, wenn wir eine sozial-ökologische Partei sind. Nur DIE LINKE verbindet Ökologie und Soziales. Dabei dürfen wir uns nicht weiter zurücknehmen und die Behauptung vor uns hertragen, mit ökologischen Fragen würden wir keine Wähler*innenstimmen gewinnen. (Diese Meinung ist jedoch nicht einhellig.)

Außerdem wurde geäußert, wir müssten als Partei besser zusammenhalten und als Sammlungsbewegung agieren, die die Demokratie stärken soll. Solidarität könnte man nicht leben, nicht proklamieren, wenn man sich streitet. Partnerschaften (Bündnisse) sind zu pflegen, das außerparlamentarische Engagement zu stärken. Außerdem ist die Individualisierung der Gesellschaft räuberisch und steht für ein Gegeneinander von Einzel- und Gruppeninteressen. Wir fordern eine inklusive, internationalistische und solidarische Politik.

Fortsetzung auf Seite 3

**In dieser
Ausgabe**

Seite 2: Aktuelles

Seite 3: Strategiekonferenz

Seite 4: DEFENDER 2020

Seite 5: Wolfgang Schmidt

Seite 6: Sozialstaat der Zukunft

Seite 8: Aus dem Landkreis

Seite 8/9: Landesparteitag

Seite 10: Auschwitz

Seite 11: Termine

Seite 12: ALBA-Streik

Liebe Leserinnen und Leser, da die Redaktion aufgrund von Unfällen und Krankheit nur sehr eingeschränkt ar-

beiten konnte, ist die vorliegende Ausgabe in Inhalt und Layout etwas eingeschränkt. Wir bitten um Euer Verständnis.



Fraktionen DIE LINKE.PARTEI, GRÜNE und SPD kritisieren Zusammenarbeit des Rostocker Bundes mit weiterem AfD-Vertreter

Die Fraktion Rostocker Bund um die Fraktionsvorsitzende Sybille Bachmann hat in der heutigen Bürgerschaftssitzung mit einem weiteren AfD-Vertreter kooperiert. Bei der vom Rostocker Bund initiierten Neuwahl mehrerer Ausschüsse erreichte sie durch die Stimme von Burkhard Rohde (AfD) jeweils einen zusätzlichen Ausschusssitz. Die Fraktionen DIE LINKE.PARTEI, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD sehen nach diesem erneuten Rechtsruck keine Basis für eine weitere Zusammenarbeit mit dem Rostocker Bund:

„Durch die Zusammenarbeit der Fraktion Rostocker Bund mit einem weiteren AfD-Vertreter ist für uns erneut eine rote Linie überschritten. Diese Absprache verschafft der Fraktion um Sybille Bachmann zusätzliche Posten, die sie mit sechs Fraktionsmitgliedern nicht erhalten hätte. Dabei handelt es sich immerhin um den ehemaligen Fraktionsvorsitzenden der AfD, in dessen kurzer Amtszeit die AfD-Fraktion unter anderem von einer ‚Migranteninvasion‘ schwadronierte.

Mit diesen fragwürdigen Schritten verschiebt sich das Profil des Rostocker Bundes immer stärker in den äußeren rechten Raum. Bei der Kommunalwahl hatte der Rostocker Bund nur zwei Sitze errungen, inzwischen koalitiert sich die Fraktionsvorsitzende immer mehr Einfluss zusammen. Der Preis dafür ist die Kooperation mit drei Personen, die im Wahlkampf und in der Bürgerschaft rassistische AfD-Positionen unterstützt haben und sich bis heute nicht davon distanzieren wollen. Wir werden Anträge des Rostocker Bundes weiterhin sachlich prüfen und bewerten. Eine darüber hinausgehende Zusammenarbeit mit dem Rostocker Bund ist für uns unter diesen Bedingungen dagegen nicht mehr möglich.“

AKTUELLES

Bundesregierung blockte Digitalsteuer

Zu den Enthüllungen von Investigate Europe und Netzpolitik.org erklärt Martin Schirdewan, ECON-Mitglied und **Ko-Vorsitzender der Linksfraktion im Europäischen Parlament:**

„Olaf Scholz und die Große Koalition in Deutschland stehen Steuergerechtigkeit im Weg. Kein Wunder, dass Deutschland wenig Interesse und keine Initiative gezeigt hat, für Transparenz bei Ratssitzungen zu sorgen. So konnte der Finanzminister Scholz (SPD) gemeinsam mit Steueroasen und Multis eine gerechte Besteuerung von

Google, Facebook & Co. verhindern.“

„Es kann nicht sein, dass Finanzminister Olaf Scholz die Digitalsteuer schon im Oktober 2018 verhindert hat und dieser Umstand erst heute durch ein Leak ans Licht kommt. 2018 befragte ich ihn dazu drei Monate vorher im ECON-Ausschuss, doch eine Antwort blieb er schon damals schuldig.“

„Offensichtlich war eine große Mehrheit für die Verabschiedung der Digitalsteuer, aber Scholz suchte einen Schulterchluss mit den Steueroasen und Multis und somit gegen eine Digitalsteuer. Jeder Bäcker, jede Bäckerin zahlt heute mehr Steuern als ein Milliardenkonzern wie Amazon. Wir brauchen dringend eine Digitalsteuer, die ihren Namen verdient. Dafür benötigen wir die Abkehr vom Einstimmigkeitsprinzip in Steuerfragen und eine Besteuerung in dem

Land, in dem das Geschäft auch getätigt wird. Zuzüglich eines gerechten Steuerersatzes von fünf Prozent um nötige Investitionen in Klimaschutz, Gesundheit oder Bildung tätigen zu können.“



**Gemeinsam
mehr werden.
Jetzt eintreten!**

DIE LINKE.

◀ STRATEGIEDEBATTE KONFERENZ IN GÜSTROW

In Bezug auf die aktuellen Kräfteverhältnisse wurde festgestellt, dass wir als LINKE nicht von den Schwächen anderer politischer Akteure profitieren. Viele Menschen kennen unsere Forderungen nicht und/oder wir äußern sie zu kompliziert, zu unverständlich. Dabei sind wir der größeren Schicht der Wähler*innen näher als der kleineren: Die meisten Menschen in M-V sind älter und unsere Themen sollten sie ansprechen. Bezüglich der Nachwuchsarbeit ist es schwierig, wenn fast alle Genossinnen und Genossen sehr viel älter sind. Die Generationen zusammenzubringen, bleibt eine Aufgabe, ebenso die innerparteiliche politische Bildung.

Daniel Wittmer, Mitarbeiter in der Bundesgeschäftsstelle, informierte darüber, wer DIE LINKE gewählt hat und differenziert dabei nach Ost und West: Menschen, die uns aufgrund ihrer akuten Betroffenheit (soziale Lage) gewählt haben, das urbane Milieu und im Osten die überzeugten Sozialist*innen, die eine authentische Stimme des Ostens wollten. Im Laufe der Zeit ergaben sich Konkurrenzsituationen und Zustimmungen veränderten sich. Eine Ursache: Wenn wir 15 Jahre lang fordern, Hartz IV müsse weg und nichts verändert sich, dann kann eine Partei wie die AfD den Frust der Menschen über die etablierten Parteien einsammeln. Das urbane Milieu wird heute stark beeinflusst von den GRÜNEN. Auch hier verlieren wir Wähler*innen. Die beiden wichtigen Wählergruppen des Ostens (überzeugte Sozialistinnen + jene, die eine authentische Stimme des Ostens wollen) sterben, werden zu Nichtwähler*innen oder wandern zur AfD oder zu kleineren Protestparteien. Soziale Lagen bilden sich in der Wahlbeteiligung und in Wahlergebnissen ab. Menschen mit weniger Geld wählen weniger. Wir müssen als LINKE jene Leute aufsuchen, die uns wählen sollten. Haustürgespräche sind ein geeignetes Instrument, neue Wählerschichten anzusprechen. Unsere Mitglieder müssen sich trauen dorthin zu gehen, wo andere Zielgruppen wohnen und arbeiten.

Danach wurde in Arbeitsgruppen diskutiert.

AG 1 Wie sehen die aktuellen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse aus?
Die Arbeitsgruppe sprach darüber, dass wir uns inhaltlich oft verzetteln. Wir sollten uns fokussieren. Auch spielte die Frage eine Rolle, wie DIE LINKE zu den Themen Klima/Ökologie steht. Wie können wir die-

se Themen mit unseren Themen verbinden? Unsere Strategien müssen mitbedenken, dass die Umweltfrage eine Existenzfrage, eine Frage des Überlebens ist und unsere Argumentationen zu kompliziert sind. Der sozial-ökologische Umbau - und die mit ihm verbundene Kapitalismuskritik - braucht in seiner Darstellung konkrete Beispiele. Wir sind noch zu abstrakt. Natürlich müssen wir die Systemfrage stellen, aber das können wir nicht isoliert machen, sondern müssen Bewegte und Interessierte einbeziehen.

Darüber hinaus brauchen wir eine klare Haltung zu Fragen der Demokratie. Es wird neuerdings eine Verachtung an den Tag gelegt, die sich gegen staatliche Institutionen richtet. Wir müssen das Grundgesetz verteidigen und Einrichtungen der öffent-



lichen Hand schützen. Staatliche Institutionen setzen Gesetze um und bewahren somit auch die Demokratie. Sie sind eine Basis, die wichtig für uns ist. Die Frage einer Heimat (Geborgenheit, Sicherheit) und die Besetzung des Begriffes spielen ebenfalls eine Rolle. Heimat muss mit den Begriffen Weltoffenheit und Solidarität verbunden werden.

Am Ende müssen wir beantworten, was zu einem guten Leben gehört. Worauf hat jeder Mensch einen Anspruch? Als LINKE möchten wir diese Frage beantworten.

AG 2 Regierung oder Bewegung?
Regierungsbeteiligung hat Chancen, Risiken und Nebenwirkungen. Viele Regierungen verfolgen egoistische Interessen, das darf uns nicht passieren.

Klar ist: Es ist nicht egal, wer regiert. DIE LINKE kann verändern, auch wenn dies oft sehr schwierig ist. Regieren bedeutet häufig, um die Umverteilung von Mitteln zu kämpfen. Sicher werden nicht alle Ziele umsetzbar sein.

Ob man Stimmen verliert, wenn man regiert, hängt sehr von den Rahmenbedin-

gungen ab. Muss man beispielsweise mit hohen Schulden umgehen? Gibt es eine hohe Arbeitslosigkeit? Wie stark sind andere politische Kräfte? Wichtig ist, voneinander zu lernen und Fehler anderer LINKER in Regierungsverantwortung nicht zu wiederholen. Wir müssen in diesem Zusammenhang auch unsere Stärke bewahren, eigene Fehler zu korrigieren, Expert*innen stets ernst zu nehmen und Bewegungen einzubeziehen. Diese Debatte bleibt ein Spannungsfeld.

AG 3 Stärken und Schwächen der innerparteilichen Aufstellung

Wie binden wir Neumitglieder ein? Wie ist es um die Demokratie innerhalb der Partei bestellt? Wie handhaben wir den Generationenwechsel?

Gleich zu Beginn wandelte sich der Anspruch der Teilnehmer*innen dieser AG. Sie redeten über unsere Sprache und ob wir unsere Themen immer verständlich vermitteln können. Einigkeit bestand, dass wir oft zu kompliziert sind, bzw. kommunizieren.

Generell gilt: Die Partei kann nur stark nach außen wirken, wenn sie nach innen funktioniert. Inhalte müssen gemeinsam entwickelt und entschieden werden. Die LAGen sollen entwickelt und die Verbindungen zwischen den Gremien gestärkt werden. Auch die Einrichtung zeitweise agierender Arbeitsgruppen wäre eine Idee. Zum Umgang mit neuen Mitgliedern wurde festgestellt, dass Vieles verbessert werden muss. Interessierte sollen sofort eingebunden werden, sie brauchen Angebote und feste Ansprechpartner*innen (auch LAGen). Diese Mitgliederverantwortlichen sollten regelmäßig zusammenkommen.

Jüngere Mitglieder äußerten den Wunsch, Gespräche über die DDR einzuschränken. Der Grund: Jüngere Menschen interessieren sich eher für andere Themen und möchten nach vorne schauen. Zudem müsse man bestimmte Talente innerhalb der Partei bündeln und zusammenbringen. Die Stärken der Einzelnen sollten nutzbar gemacht werden (Pools nach Qualifikationen). Eine projektbezogene Arbeit wird gelobt, ebenso der Wunsch nach direkten Kontakten und organisatorischen Verbesserungen.

Am Ende der Regionalkonferenz waren sich alle einig, dass wir handeln müssen, in die Offensive gehen, sprich etwas tun müssen. Und natürlich soll die politische „Arbeit“ auch Spaß machen.

Text: Eva-Maria Kröger, Fotos: Eva-Maria Kröger, DIE LINKE MV

GEGEN „DEFENDER 2020“

Resolution der Teilnehmenden der Strategiekonferenz der LINKEN MV am 18.1.2020 in Güstrow:

DIE LINKE Mecklenburg-Vorpommern stellt sich entschieden gegen Defender 2020

Mit dem Manöver „Defender 2020“ will die US-Armee und mit ihr Truppen aus 17 NATO – Ländern, die Verlegung einer gesamten Division über den Atlantik und quer durch Europa an die russische und litauische Grenze trainieren. Dabei geht es um die Verlegung von 37.000 Soldatinnen und Soldaten sowie 13.000 Panzer- und Radfahrzeuge einschließlich Ausrüstungs- und Versorgungscontainer. Es handelt sich somit um die größte militärische Kriegsübung seit 25 Jahren. Sie wird auch durch das Land Mecklenburg-Vorpommern rollen.

Dem Vorhaben setzen wir ein entschiedenes „NEIN!“ entgegen und werden an vielen Stellen im Land gemeinsam mit vielen Friedensaktivistinnen und Friedensaktivisten unsere Ablehnung und unseren Protest zum Ausdruck bringen. Genau 75 Jahre nach dem Ende des verheerenden Zweiten Weltkrieges ziehen Truppen und Kriegsgerät, und mit ihnen

deutsche Soldatinnen und Soldaten, wieder gen Russland. Was für ein widerliches politisches Signal! Und was für ein Frevel an der Umwelt, wenn all das Kriegsgerät hier die Luft verpestet, Straßen und Wege kaputtgefahren werden und wertvolle finanzielle Ressourcen, die besser für Bildung und soziale Belange eingesetzt werden sollten, verschleudert werden!

So, wie üblicherweise Militäraktionen auf Lügen und Falschmeldungen beruhen, so täuscht das Motto „Defender“, also „Ver-

russische Armee auf die Krim marschierte, sondern ein Referendum der Bevölkerung stattfand. In internen Verlautbarungen sprechen denn US-Militärs auch von einem „Schlachtfeldnetzwerk“, „das im Falle eines Konflikts für alle NATO-Verbündeten nützlich ist.“, was den wahren Absichten der US-Armee und ihrer NATO-Verbündeten schon näherkommt.

Wir LINKEN pochen auf den Schwur überlebender KZ-Häftlinge der Nazi-Diktatur, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg, sondern nur noch Frieden ausgehen darf. Wir verachten das Handeln der Bundesregierung, die sich willig zur Vollstreckerin geostrategischer Großmachtsprüche der USA hergibt.

Wir werden in den nächsten Wochen mit Mahnwachen, Info-Material für die Bevölkerung und spontanen Aktionen unseren Protest gegen das Manöver deutlich machen. Wir wollen, dass Mecklenburg-Vorpommern ein friedliches Land ist und bleibt!



teidigerin“ die eigentlichen Absichten vor. US-Militärkreise behaupten zur Rechtfertigung der Aktion, dass Russland auf der Krim mit Gewalt die europäischen Grenzen verschoben hätte. Dabei ignorieren sie absichtsvoll, dass seinerzeit nicht die

ROSTOCKER ORTSBEIRÄTE

UNSERE MITGLIEDER DER ROSTOCKER ORTSBEIRÄTE

Rostock Heide: Henry Klütze (Vorsitzender), Bernd Lengies

Warnemünde: Dr. Werner Fischer (Vorsitzender)

Lichtenhagen: Michael Kluge (1. Stv. Vors.), Vera Petzold, Monika Schmidt

Groß Klein: Christian Wenske (1. Stv. Vors.), Monika Engelmann, Sven Hilbrandt

Lütten Klein: Martin Raspe (1. Stv. Vors.), Ursula Hasselberg (2. Stv. Vors.), Hans-Jürgen Donner

Schmarl: Maximilian Hentschel, Martina Suhr

Evershagen: Detlef Jürß, Robert Kröger, Harm Wullekopf

Reutershagen: Petra Bartels, Susanne Cordes-Arth

Hansaviertel: Mathias Lesch, Günther Pe-

ters

Gartenstadt/Stadtweide: Dr. Silvia Schmidt

KTV: Julia Richter (2. Stv. Vors.), Eric Adelsberger (DIE PARTEI), Eckhard Brickenkamp

Stadtmitte: Hannes Möller, Holger Suhrbier

Südstadt: Kristin Schröder (Vorsitzende), Alexandra Luise Heine

Brinckmansdorf: Olaf Groth (1. Stv. Vors.), Siegfried Kalendruschat

Dierkow Neu: Gernot Liebke (1. Stv. Vors.), Thomas Koepcke, Edith Thurow

Dierkow Ost/Dierkow West: Gerdt Puchta (1. Stv. Vors.), Dirk Reckling

Toitenwinkel: Rüdiger Lohff (1. Stv. Vors.), Falko Schulz

Gehlsdorf + Dörfer: Jutta Reinders (2. Stv. Vors.)

Stand: 23.01.2020



SPLITTER MEINES LEBENS

Der Wunsch lautet, etwas zu dem Thema „Gesichter und Geschichten“ in Schmarl beizutragen. Ein Wunsch, der eigentlich gar nicht erfüllt werden kann, denn wo soll ich in meinem nun schon langen Leben anfangen und was ist erwähnenswert und was nicht? Allein das ist schon schwierig zu beantworten. Deswegen fange ich mal mit den Zeiträumen meines Lebens an. Geboren wurde ich im faschistischen Deutschland, wo schon sieben Monate lang der 2. Weltkrieg tobte. Bis heute verfolgt mich das Erlebnis mit dem „vor den vor Pommern stehenden Russen“ und dem Treck, der der Flucht vor den mit „dem Messer im Maul alles umbringenden Russen“ dienen sollte. Auch ist die Aufforderung unseres Wagenkutschers, wenn die Tiefflieger mit ihren Bomben und Gewehrsalven kamen und der Himmel dunkel vom Rauch der Einschläge ihrer Lasten wurde, bis heute, wenn auch seltener werdend, ein Albtraum, der nicht wegbleiben will. Nach dem Krieg waren sich die Menschen aller Richtungen – es klingt mir noch im Ohr – einig, indem sie „nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus“ sagten und wollten. Damit ging die Kriegsgeneration an die Beseitigung der Kriegsschäden und machte sich an den Wiederaufbau Deutschlands.

Das Ereignis vom 09. Oktober 2019 in Halle, das ich im 21. Jahrhundert nicht für möglich gehalten hätte, hat mir erneut in Erinnerung gerufen, dass auch heute noch gegen Krieg und Faschismus aufgetreten werden muss. Wir haben eine so schöne deutsche Sprache und wir dürfen nicht zulassen, dass sie wieder verroht...

In Thüringen waren wir dann nach Kriegsende im Osten Deutschlands ab 1945/46 in einer antifaschistisch demokratischen Ordnung unter Hoheit der Sowjetunion, welche die „Ostzone“ genannt wurde. Der andere Teil Deutschlands wurde den westlichen Siegermächten USA, Frankreich und England als Besatzungsmacht zugesprochen. Nachdem am 24. Mai 1949 (Grundgesetz-Verkündung am 23. Mai) die BRD gegründet wurde, erfolgte am 07. Oktober 1949, also ca. 6 Monate später, die Gründung der DDR, deren Bürger wir nun wurden und es bis zu jenem 03. Oktober 1990, der jetzt Nationalfeiertag ist, blieben. Vorausgegangen war, dass am 09. November 1989 die Berliner Mauer fiel und in der Weltgeschichte als zentrales Ereignis gilt. Nun wurden meine Familie und alle DDR-Bürger auch Bundesbürger. Wir freuten uns, dass wir den lang ersehnten Wunsch, die Lorelei zu sehen, und bisher



Festliche Kulturbundveranstaltung
anlässlich des 5-jährigen Bestehens



Gesprächsrunde mit Grafikerin Inge Jastram, Journalist Bernd Kalauch als Moderator, Architekt Prof. Peter Baumbach und Architekt Christoph Weinhold anlässlich der 40 Jahre Schmarl im „Kulturbund im Haus 12“ am 14.02.2017



Notbehelf zur Eröffnung des „Lehrpfads
an der Hundsburg“ am 18.06.2008

nicht erreichbare Gegenden und Länder zu besuchen, kein Problem mehr darstellt. In Schmarl wohnen wir nun schon die letzten 42 Jahre, die hoffentlich noch ein wenig andauern möchten. Das Industriegebiet Schmarl kenne ich schon seit 1973, nachdem ich in einem Baubetrieb nach meinem Studium das gelernte Wissen anwenden durfte. Den Aufbau und die Entwicklung vom neuen Stadtteil Schmarl konnte ich hautnah mit verfolgen.

Damals war es üblich, dass Betriebe Patenschaften mit Stadtteilen abschlossen und

diese unterstützten. Mein Betrieb übernahm diese Aufgabe bis zur Betriebsaufnahme der „Jugendmode Shanty“, welche dann die Patenschaft weiterführte. So kam es, dass ich von meinem Betrieb in den „Klub an der Ecke“ ab Mai 1981 delegiert und etwa ein Jahr lang als Mitglied im Wossidlo Klub an den Sitzungen der Klubleitung unter Dr. Horst Reeps teilnahm. Mein Betrieb war am Werden und Gedeihen des Klubs interessiert und so konnte ich dem Wossidlo Klub einige Hilfen geben. Er war über die Grenzen des Bezirkes Rostock hinaus bekannt. Ab Januar 1991 wurden die Räumlichkeiten des Klubs anderen Nutzungen zugeführt.

Nach der „Wende“ trat immer mal wieder der Wunsch der Bürger Schmarls auf, wieder so etwas Ähnliches wie den „Wossidlo Klub“ aus DDR-Zeiten aufzubauen, mit Vorträgen, Lesungen und anderen kulturellen Veranstaltungen. Deswegen habe ich am 27. Juli 2010 die Organisation einer Beratung zu Überlegungen – einer der Zeit angemessenen kulturellen Veranstaltung im „Wossidlo Klub“ – in Angriff genommen. Dies geschah auch auf der Grundlage eines Briefes von Prof. A. Krummsdorf an Dr. Schmitt als Leiter des „Wossidlo Archivs“ an der Universität Rostock.

Es stellte sich aber heraus, dass eine Fortsetzung am selben Ort nicht realisierbar war und wir auf meine Anfrage hin Hilfe von der Leiterin Frau Eisele im SBZ „Haus 12“ und damit auch vom ASB, bekommen haben. Der „Kulturbund im Haus 12“ war geboren worden.

Am 8. Oktober 2019 haben wir nun das zehnte Jahr der Veranstaltungsreihe „Kulturbund im Haus 12 – Lust auf Kultur?“ eingeläutet.

Erwähnen möchte ich noch, dass der „Lehrpfad an der Hundsburg“ von meiner Idee ausgehend über die Klärung der Fragen mit den entsprechenden Einrichtungen, Findung der Themen und Recherchen in den Archiven und schließlich die Erarbeitung der sechs Tafeln mit ihren Texten zur alten und neuen Geschichte Schmarls Hundsburg Park immer wieder, jetzt im elften Jahr, sehr viel Freude bereitet. Die hier genannten vielseitigen, aufregenden, oft anstrengenden und mit Weiterbildung verbundenen Splitter haben zu meinem interessanten Leben zurückschauend beigetragen.

Text: Wolfgang Schmidt,
Fotos: Isolde Schmidt

FÜR EINEN DEMOKRATISCHEN SOZIALSTAAT DER ZUKUNFT

Am 11. Januar präsentierte DIE LINKE ihr neues Sozialstaatskonzept und verbreitete dieses auf unterschiedlichen Kanälen. Nicht viele werden es mitbekommen haben. Schon die Präsentation (siehe Bericht der Tagesschau u.a.) war nicht optimal. Aber was soll man auch machen mit einem Konzept, in dem sich mal wieder viele gute Forderungen hinter einem Parteichinesisch verstecken, für dessen Lektüre man mindestens einen Hochschulabschluss in Politikwissenschaft oder Soziologie benötigt? Ist es nicht möglich, einen Text zu formulieren, der einen fesselt und neugierig auf den nächsten Absatz macht?

Kritik gab es bereits daran, dass unser Sozialstaatskonzept ein klassisch sozialdemokratisches ist, mit dem nicht die Machtfrage gestellt und der Kapitalismus in Frage gestellt wird. Aber das entspricht erstens den derzeitigen gesellschaftlichen Machtverhältnissen, und ist sicherlich auch dem Wunsch der Parteiführung geschuldet, mit dem Ziel einer Koalition Grüne/SPD/Linke in den Wahlkampf zu ziehen. Insofern sind die Vorschläge auch so etwas wie eine Verhandlungsbasis für angestrebte Koalitionsverhandlungen, so unwahrscheinlich diese derzeit angesichts der Schwäche von SPD und Linkspartei auch erscheinen mögen.

Ich will versuchen, das fast 5000 Wörter umfassende Konzept auf den Kern zu reduzieren, auf die Analysen und vor allem Forderungen, mit denen wir auch in den Bundestagswahlkampf ziehen werden.

Ausgehend von der Analyse, dass Wohlstand und Produktivität ständig wachsen, müssen wir ständig hinterfragen, warum trotzdem die Armut wächst, es immer mehr prekäre Arbeitsverhältnisse gibt, die öffentliche Infrastruktur verfällt, öffentliche Dienstleistungen wie Gesundheit, Pflege und Bildung darben. Gemeinsam können wir gegen die Spaltung der Gesellschaft ankämpfen, können wir den ökologischen Umbau und die Digitalisierung steuern, anstatt diese Prozesse wieder dem neoliberal verfassten Markt zu überlassen. Ein LINKER Sozialstaat gewährt den Menschen soziale Rechte und Garantien, organisiert einen Ausgleich zwischen Starken und Schwachen, lässt die Menschen von ihrer Arbeit gut leben, entzieht die Daseinsvorsorge dem Markt.

Die **gesetzliche Rente** muss den Le-

bensstandard im Alter wieder sichern und wirksam vor Armut schützen. Das Rentenniveau wird auf 53 Prozent angehoben. Das bedeutet: Fast 150 Euro brutto mehr im Monat für einen sogenannten „Standardrentner“. Wir wollen in der nächsten Wahlperiode eine **Solidarische Mindestrente** von 1.200 Euro netto im Monat – darunter droht Armut. Die Solidarische Mindestrente wird bei Bedarf gezahlt. Erwerbszeiten mit niedrigen Löhnen werden



in der Rente aufgewertet. Davon profitieren vor allem Frauen und Menschen in Ostdeutschland. In die Rentenversicherung zahlen alle Erwerbstätigen ein – also auch Beamte, Freiberufler*innen, Selbstständige, Manager*innen und Politiker*innen. Die **Beitragsbemessungsgrenze** wird in mehreren Schritten an- und schließlich ganz aufgehoben. Die **Rente erst ab 67 schaffen wir ab**. Jede und jeder muss wieder spätestens ab 65 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen dürfen. Wer 40 Jahre Beiträge gezahlt hat, soll bereits ab 60 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen können.

Wir wollen, dass das **Arbeitslosengeld I länger gezahlt wird** und Ansprüche darauf schneller erworben werden. Wir wollen Hartz IV überwinden durch gute Arbeit, ein Arbeitslosengeld Plus und eine bedarfsdeckende und sanktionsfreie Mindestsicherung i.H. v. 1200 Euro. Das **Arbeitslosengeld Plus** wird im Anschluss an den Bezug von Arbeitslosengeld I gezahlt und orientiert sich am vorherigen Nettolohn. Erwerbslose, die mindestens 30 Jahre sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren, erhalten einen unbefristeten Anspruch auf das ALG Plus. Wir wollen eine **Kindergrundsicherung** in Höhe von rund 600 Euro. In Bus und Bahn fahren Kinder und Jugendliche kostenfrei.

Arbeitsangebote an Erwerbslose müssen

deren Qualifikationen angemessen sein und den beruflichen Werdegang und ihre Weiterbildungsinteressen berücksichtigen. Wir wollen ein **Recht auf Erwerbsarbeit**. Dies impliziert auch das Recht, auch eine konkrete Arbeit abzulehnen: Niemand darf gezwungen werden, gegen seine oder ihre Überzeugung eine bestimmte Erwerbsarbeit anzunehmen.

Statt der Zwei-Klassen-Medizin wollen wir eine **Solidarische Gesundheitsversicherung**, in der alle einzahlen. Die bisherigen Beitragsbemessungsgrenzen werden schrittweise aufgehoben. Dadurch kommen mehr Beiträge in die Versicherung und die „starken Schultern“ der Besserverdienenden sind solidarisch mit den Beitragszahler*innen, die weniger verdienen. Die Beiträge für die Mehrheit der Versicherten sinken.

Wir wollen eine **Solidarische Pflegevollversicherung**, in die alle einzahlen und die alle pflegebedingten Kosten abdeckt. Das bedeutet mehr Personal und Dienstleistungen in der Pflege, ohne dass Eigenanteile dafür gezahlt werden müssen.

Die zweite Säule des LINKEN Sozialstaats der Zukunft sind die sozialen Dienstleistungen und öffentlichen Infrastrukturen. Sie sollen gemeinwohlorientiert agieren und nicht dem Profitzwang unterworfen sein. Ein Krankenhaus, eine Schule oder ein Theater sollen keinen Profit erwirtschaften müssen. Die Nutzer*innen müssen mitgestalten und mitbestimmen können.

Zur staatlichen Daseinsvorsorge zählen für uns Bildung, Gesundheit, Kultur, Verkehr und Sicherheit. Schulen und Kitas, Turnhallen und Schwimmbäder, Hochschulen und Bibliotheken, Krankenhäuser und Altenheime, Theater und Konzerthallen, Jugendclubs und Seniorenstätten. Darüber hinaus zählen auch materielle Infrastrukturen wie der öffentliche Nahverkehr, die Eisenbahn, die Energieversorgung, Breitbandausbau sowie kommunale Abfallentsorgung dazu. Durch Investitionen in diesen Bereich entsteht eine Positivspirale aus mehr Dienstleistungen und mehr Arbeitsplätzen zugleich.

Für gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land muss die Grundversorgung überall gesichert sein. Wir wollen jährlich über 120 Milliarden Euro in die sozialen Dienstleistungen und Infrastrukturen und sozial-ökologischen Umbau investieren.

Unser Ziel ist die weitgehend kostenlose Nutzung der sozialen Dienstleistungen (Gesundheit, Pflege, Erziehung, Bildung) und materiellen Infrastrukturen (ÖPNV). Wir fordern einen Neustart für den sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau: Mindestens 250 000 Wohnungen werden pro Jahr gebaut bzw. angekauft.

Wir fordern eine existenzsichernde und gut entlohnte, menschengerechte gestaltete, sozial abgesicherte, sinnvolle und selbstbestimmtere Erwerbsarbeit und eine planbare Zukunft für alle Menschen.

Unsere Ansatzpunkte für ein neues Normalarbeitsverhältnis sind: Stärkung der Tarifbindung und Tarifverträge für alle. Ein Tarifvertrag muss auf Antrag einer Tarifvertragspartei für allgemeinverbindlich

erklärt werden können. Das Vetorecht der Arbeitgeber wollen wir abschaffen. Die Lohnunterschiede zwischen Ost und West werden angeglichen. Alle öffentlichen Auftraggeber sollen Aufträge nur noch an Anbieter vergeben dürfen, die die Tarifverträge beachten.

Wir wollen Leiharbeit abschaffen und Befri-

stungen auf wenige Ausnahmen begrenzen. Bis dahin müssen Leiharbeiter*innen den gleichen Lohn wie Festangestellte plus eine Flexibilitätszulage von 10 Prozent erhalten! Leiharbeiter*innen müssen nach drei Monaten im Betrieb übernommen werden.

Wir wollen den Niedriglohnsektor durch einen Mindestlohn von 13 Euro abschaffen. Unfreiwillige Teilzeit wollen wir stoppen

und Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mit dem Recht auf eine Mindeststundenzahl von 22 Stunden/Woche überführen. Wir wollen Arbeit in den sozialen Dienstleistungen aufwerten. Keine Pflegefachkraft und keine Erzieherin bzw. kein Erzieher soll unter 3000 Euro brutto im Monat verdienen.

Arbeitszeiten, die mehr Zeit fürs Leben lassen. Wir wollen die gesetzliche Wochenhöchstleistungszeit auf 40 Stunden absenken und mehr Mitbestimmung der Beschäftigten und ihrer Betriebsräte bei der Arbeitsorganisation und Personalplanung der Unternehmen. So kann die Verkürzung der Wochenarbeitszeit zu einer gerechteren Verteilung der vorhandenen Erwerbsarbeit genutzt

werden und Leistungsdruck abbauen. Wir schlagen die „kurze Vollzeit“ als neue Normalarbeitszeit in Form selbstbestimmt gestaltbarer Arbeitszeiten zwischen 28 und 35 Stunden vor.

Abschließend heißt es im Papier: „DIE LINKE ist (...) aus den Protesten gegen die Agenda2010 entstanden. Unsere beharrliche Kritik trägt Früchte: Die Parteien, die die Agenda2010 durchgesetzt haben, rücken nach und nach davon ab. Die Stimmen für bedarfsdeckende öffentliche Infrastrukturen werden lauter. Mehr Beschäftigte streiken für Tarifbindung, höhere Einkommen und für Arbeitszeitverkürzung und nehmen nicht hin, dass sie in prekäre Jobs abgedrängt werden. Das ist eine gute Voraussetzung, um für andere Mehrheiten, für ein anderes Modell von Gerechtigkeit, von Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums und von Wohlstand zu kämpfen. (...) Die Partei DIE LINKE wird sich an diesen Kämpfen aktiv beteiligen, sie unterstützen und vorantreiben. Sie steht immer auf der Seite der Menschen, die von ihrer Arbeit leben oder die sozial benachteiligt oder ausgegrenzt werden, und gemeinsam für ihre Interessen streiten.“

Carsten Penzlin

◀ AUS DEM LANDESVERBAND

OFFENER BRIEF VON PETER RITTER

Liebe Genoss*innen, unseren wieder oder neu gewählten Mitgliedern des Landesvorstandes herzlichen Glückwunsch zur Wahl und uns allen eine angenehme Zusammenarbeit und gemeinsamen Erfolg!

Der neue Landesvorstand hat allerdings einen deutlichen Makel:

Wenn mich meine Erinnerung nicht trügt, ist dies der erste Vorstand, der die Anforderungen zur Mindestquotierung nicht erfüllt! Für mich ein gleichstellungspolitisches Desaster!

Mit welcher Begründung sollen wir/ soll ich im Parlament künftig für ein Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm oder für ein Parité-Gesetz streiten, wenn es im „eigenen Laden“ nicht stimmt?...

Ich ärgere mich sehr, dass ich selbst im Vorfeld des Parteitages nicht aktiver war und auf dem Parteitag nicht energischer agiert habe. Nun haben wir die Situation, dass der LV gewählt, die Liste zur Mindestquotierung nicht erfüllt ist (ob das satzungsgemäß ist, wage ich zu bezweifeln). Allein die Aussage, dass auf dem nächsten Landesparteitag ja nachgezählt werden

könne, ist nicht einmal eine Beruhigungspille. Denn der nächste Landesparteitag ist erst in einem Jahr!

Und bis dahin?

Ich möchte empfehlen, dass LV und LAG FORSCH in einer gemeinsamen Beratung hinterfragen, warum:

- bisherige weibliche Mitglieder des LV nicht wieder kandidiert haben;
- warum es, auch in Zusammenarbeit mit den Kreisverbänden nicht gelungen ist, ausreichend motivierte und qualifizierte Genossinnen für eine Kandidatur zu gewinnen.

Ferner soll und muss untersucht werden, welche Rahmenbedingungen gefunden und geschaffen werden müssen, um Frauen Raum und Möglichkeiten zu geben, sich engagieren zu können. (Dies ist ja nicht nur ein Problem des LV. Auch in den Kreisverbänden sieht es ja nicht viel besser aus. „Hurra-wir haben eine Doppelspitze“ gibt vielleicht einen modernen Anstrich, ist aber längst noch keine gleichberechtigte Teilhabe und Teilnahme)

Nach dieser Phase der gemeinsamen Suche nach Ursachen und Lösungsmöglichkeiten rege ich die Einberufung eines „Frauenplenums“ an (möglichst noch vor dem 8. März 2020), um über Eckpunkte eines „Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms“ (Arbeitstitel) zu beraten, um dieses dann möglicherweise dem nächsten Landesparteitag zur Beschlussfassung vorzulegen.

Dieses ist weder der Stein des Weisen noch vollständig, aber vielleicht eine Anregung. Ich möchte Euch dringend bitten, sich damit auseinanderzusetzen.

Eine Partei ist für Wählerinnen nur dann attraktiv, wenn sie die Dinge, die im Namen unserer LAG FORSCH Leitsatz sind, auch selbst umsetzt.

Mit freundlichen Grüßen!
Peter Ritter

◀ AUS DEM LANDKREIS

GEDANKEN DES NEUEN KREISVORSITZENDEN

Statt eines Neujahrsgrußes: Gedanken und Eindrücke zur Arbeit der LINKEN im Landkreis Rostock

Von Nico Burmeister

Die Mitgliederversammlung am 7. Dezember vergangenen Jahres stellt eine Zäsur für unseren Kreisverband dar. Turnusmäßig wählten wir unter anderem einen neuen Kreisvorstand. Nachdem Peter Hörnig bereits vergangenes Jahr als Kreisgeschäftsführer in seine wohlverdiente Rente ging, kandidierte er nun nicht wieder als Kreisvorsitzender.

Mit 95% hat mich die Gesamtmitgliederversammlung der LINKEN, Landkreis Rostock zu ihrem neuen Kreisvorsitzenden gewählt. Ich bin überwältigt von dem großen Zuspruch und der Unterstützung vor und während der Versammlung. Ich weiß, dass ich in große Fußstapfen getreten bin. Peters Hingabe und unbedingte Einsatzbereitschaft hat diesen Kreisverband geprägt wie seit der Wende kein anderer. Es freut mich, dass Peter sich bereit erklärt hat, als einfaches Mitglied weiter im Kreisvorstand mitzuwirken. Seine Erfahrungen werden uns auch in Zukunft helfen, die kommenden Aufgaben zu meistern.

Trotz mancher Probleme verfügt unser Kreisverband über eine vitale Basis, die

auf den unterschiedlichsten Ebenen aktiv ist. Die regelmäßigen Gedenkveranstaltungen in Doberan und Güstrow, die Ortsfeste der Basisorganisationen in Krakow am See und Laage und das Friedensfest in Graal-Müritz sind nur einige wenige Beispiele der Aktivitäten unserer Genoss*innen auch außerhalb der Wahlkämpfe.

Trotzdem steht der Kreisverband vor großen Umbrüchen. Ab Januar wird der

werden die anstehenden Wahlkämpfe zusammen stemmen.

Wir werden unsere Arbeit in Teilen neu organisieren müssen. Dabei gilt für mich in jedem Fall der Grundsatz: „Wir werden Neues ausprobieren ohne Altbewährtes über Bord zu werfen.“

In vielen Regionen des Landkreises funktioniert die politische Arbeit hervorragend, trotz der teilweisen hohen Altersstruktur unserer Mitglieder. In anderen Orten ist auf Grund von fehlenden Mitgliedern vor Ort unsere politische Arbeit faktisch zusammengebrochen. Hier werden wir neue Formate der Ansprache finden müssen, um die weißen Flecken mit Farbe zu beleben.

Mit dem neugewählten Kreisvorstand habe ich engagierte Genoss*innen an meiner Seite, die ihre Stärken und Ideen in den nächsten zwei Jahren einbringen werden. Gemeinsam mit den Genoss*innen der Basisorganisationen werden wir die politischen

Erfolge der vergangenen Jahre weiter ausbauen. Die nächsten Wegmarken sind die Volksinitiative Bildungsaufstand und die Landratswahlen im September diesen Jahres. Packen wirs an!



Kreisverband über keinen eigenen hauptamtlichen Geschäftsführer mehr verfügen. Andreas Reinke, der im Kreisverband Rostock seit Jahren die Geschäfte führt, wird ab nächstes Jahr auch für den Landkreis Rostock zuständig sein. Ich kenne Andreas seit vielen Jahren und bin mir sicher, wir

RÜCKBLICK AUF DEN LANDESPARTEITAG IM DEZEMBER

Die Entwicklung der Landespartei steht in direktem Zusammenhang mit der Arbeit der LINKEN im Landkreis Rostock: (M)ein Rückblick auf den Landesparteitag im Dezember

Von Nico Burmeister

Der vergangene Landesparteitag in Kühlungsborn war ein anstrengendes, aber produktives Wochenende. Neben dem Antrag A1 und weiteren inhaltlichen Anträgen standen unter anderem die Neuwahlen der

Landesgremien sowie eine Änderung der Finanzierungsströme zwischen Landespartei und Kreisverbänden auf der Tagesordnung. Die Generaldebatte wurde teilweise leidenschaftlich geführt, war aber in meinen Augen stets sachlich – so wie es sein muss!

Wahlen zum neuen Landesvorstand

Turnusmäßig stand auch die Wahl des neuen Landesvorstands auf der Tagesordnung. Wenke Brüdgam und Torsten Koplin kandi-

dierten wieder als Spitzenduo und wurden, wenn auch mit etwas schlechteren Ergebnissen als noch vor zwei Jahren, deutlich wiedergewählt. Als Schatzmeisterin wurde Gabi Göwe in ihrem Amt bestätigt, als Stellvertretende Landesvorsitzende wurden ebenfalls wiedergewählt Susanne Krone, Björn Griese und Dirk Bruhn. Ein Novum in der Geschichte des Landesverbandes DIE LINKE Mecklenburg-Vorpommern war die Tatsache, dass es weniger Kandidatinnen für den Landesvorstand gab, als Plätze zu

Verfügung standen. So blieben zwei Plätze unbesetzt.

Bei der gemischten Liste sah es anders aus, hier kandidierten insgesamt neun Genossen für sechs Plätze. Mit 62,1 Prozent der Stimmen bin auch ich wieder in den Landesvorstand gewählt worden. Ich möchte mich für das in mir gesetzte Vertrauen ganz herzlich bedanken. In den kommenden zwei Jahren gilt es die Landtags- und Bundestagswahlen vorzubereiten und die Neustrukturierung unseres Landesverbandes kritisch-solidarisch zu begleiten.

Antifaschismus ist gemeinnützig!

Fast noch mehr als über meine Wiederwahl in den Landesvorstand habe ich mich gefreut über die Annahme meines Dringlichkeitsantrages zur Solidarität mit der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschist*innen (VVN-BdA) und die vielen Neueintritte in die Vereinigung auf dem Parteitag. Anfang November wurde der Bundesvereinigung die Gemeinnützigkeit entzogen. Die damit verbundenen Steuerforderungen würden die älteste und größte antifaschistische Organisation in den Ruin treiben. Die Solidarität auf dem Parteitag mit der VVN-BdA war uneingeschränkt groß. Auch dafür möchte ich mich herzlich bedanken!

Wir proben den #Bildungsaufstand

Unsere Fraktionsvorsitzende im Schweriner Landtag, Simone Oldenburg, rief in einer geradezu feuerwerksartigen Rede den Bildungsaufstand aus. Mit dieser Volksinitiative wollen wir in den kommenden Monaten mindestens 15.000 Unterschriften sammeln! Die Volksinitiative fordert unter anderem eine wirksame Verringerung des

Unterrichtsausfalls, kleinere Klassen mit höchstens 25 Schülerinnen und Schülern – an allen Schularten und deutlich mehr Unterricht in den Fächern Deutsch und Mathematik in der Grundschule sowie die Einstellung von mindestens 1000 zusätzlichen gut ausgebildeten Lehrkräften.



Mir gefällt die Volksinitiative ausgesprochen gut. Der Bildungssektor liegt in Mecklenburg-Vorpommern seit Jahren brach und steht kurz vor einem Kollaps. Ohne gute Bildung steht unsere Gesellschaft vor der Gefahr, mittelfristig komplett zu zerreißen, dem müssen wir mit aller Entschlossenheit entgegenwirken.

Schicksal Treuhand - Treuhand-Schicksale

Besonders interessant war die Ausstellung „Schicksal Treuhand – Treuhand-Schicksale“ der Rosa Luxemburg Stiftung Mecklenburg-Vorpommern, die während des Parteitages gezeigt wurde. Die Ausstellung dokumentiert individuelle Schicksale der Nachwendezeit. Millionen Menschen wurden quasi über Nacht arbeitslos und mussten um ihre Existenz bangen. Individuelle Lebensleistungen, berufliche Qualifikationen aus 40 Jahren DDR waren nichts mehr wert. Viele haben das Agieren der Treuhand wie einen Schicksalsschlag empfunden, haben ihre Arbeitslosigkeit hingenommen. Wer sich gegen das vermeintliche Schicksal zur Wehr gesetzt, gegen die Betriebsschließung und für seinen Arbeitsplatz gekämpft hatte, musste oft eine schmerzhaft Niederlage einstecken. Nach jahrelangem Schweigen der Betroffenen wächst zunehmend das Bedürfnis, die individuellen Nachwende-Erfahrungen mit der Treuhandpolitik auszutauschen. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat dieses Bedürfnis aufgegriffen.

Zum 75. Jahrestag der Befreiung des KZ Auschwitz

Am 27. Januar 1945 befreite die Rote Armee der Sowjetunion das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz. Seitdem ist Auschwitz ein Symbol dafür, wohin Rassismus, Hass, Antisemitismus und faschistischer Vernichtungswille führten. Zu millionenfachem Leid, einzigartige entsetzliche und grausame Verbrechen und die massenhafte Vernichtung jüdischen Lebens in Europa.

Am 27. Januar 2020 gedenken wir des 75. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz durch die Rote Armee und begehen den Holocaust-Gedenktag. Dazu sagt Katja Kipping, Vorsitzende der Partei DIE LINKE:

Am 27. Januar 1945 befreite die Rote Armee der Sowjetunion das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz. Seitdem ist Auschwitz ein Symbol dafür, wo-

hin Rassismus, Hass, Antisemitismus und faschistischer Vernichtungswille führten. Zu millionenfachem Leid, einzigartige entsetzliche und grausame Verbrechen und die massenhafte Vernichtung jüdischen Lebens in Europa.

Auschwitz ist der Ort der Erinnerung und des Gedenkens an den Holocaust und diese Erinnerung darf nie verblassen. Das Gedenken gehört in unseren Alltag, muss Teil unseres Alltags sein und bleiben. Auschwitz ist auch Auftrag, jeder Form von Faschismus, Rassismus oder Antisemitismus, jeder Form von Hass und Ausgrenzung konsequent entgegenzutreten.

Das Wiedererstarken der Rechten und ihres Geschichtsrevisionismus erfordert mehr denn je, sich den Ursachen der Gräueltaten der Vergangenheit bewusst zu werden. Wir müssen verstehen, wie es zu diesen abscheulichen Taten kam, wie aus einfachen Menschen Mörder wurden und wie wir dies gegenwärtig

und zukünftig vermeiden können.

Ein entscheidender Beitrag dazu ist gute politische Bildung. Wir müssen es Schülerinnen und Schülern ermöglichen, sich intensiv mit der Geschichte zu befassen, um die Geschehnisse der Vergangenheit besser verstehen zu können. Dazu gehört auch, allen Schülerinnen und Schülern die kostenlose Teilnahme an Gedenkstättenfahrten zu ermöglichen.

Wir müssen uns geschlossen und solidarisch jenen entgegenstellen, die dem Faschismus wieder den Weg bereiten wollen. Die Zivilgesellschaft und die politische Verantwortlichen, müssen begreifen, dass sie immer Teil dieses Widerstandes sein müssen. Antifaschismus muss gesellschaftlicher und verfassungsrechtlicher Grundkonsens bleiben. Dies sind wir den Opfern schuldig. DIE LINKE wird dazu ihren Beitrag leisten.

DIETMAR BARTSCH: GEDANKEN ZUR BEFREIUNG VON AUSCHWITZ

Am 27. Januar 1945 vor fünfundsiebzig Jahren befreiten Soldaten der Roten Armee das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau. Seither ist Auschwitz zum Symbol für den bürokratisch geplanten und fabrikmäßig durchgeführten Völkermord an den europäischen Jüdinnen und Juden geworden. Seit 1996 wird der Jahrestag der Befreiung von Auschwitz in der Bundesrepublik als Gedenktag begangen, woran die damalige PDS einen nicht unerheblichen Anteil hatte.

Jährlich nimmt der Bundestag diesen Gedenktag zum Anlass, eine Gedenkstunde durchzuführen. In diesem Jahr wird neben dem Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier der israelische Staatspräsident Reuven Rivlin eine Gedenkrede halten. Auf die Rede von Reuven Rivlin bin ich in hohem Maße gespannt, denn ich habe ihn kennengelernt während einer Reise nach Israel, die ich zusammen mit Sahra Wagenknecht unternahm. Wir hatten ein interessantes und aufschlussreiches Gespräch.

Wenn wir über den Nationalsozialismus sprechen, so liegen zwei Lehren unmittelbar auf der Hand: erstens, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen darf und zweitens, dass alles zu tun sei, damit Auschwitz sich nicht wiederhole. Seit der Beteiligung der Bundesrepublik am Kosovokrieg, der ein Aggressionskrieg war, ist die erste Lehre politisch wieder umkämpft. Seit Gauland die zwölf Jahre Naziherrschaft mit dem Wort Vogelschiss bagatellisierte, ist auch deutlich geworden, dass die zweite Lehre aus dem Nationalsozialismus systematisch untergraben wird. Heute haben Jüdinnen und Juden in Deutschland wieder Angst. Das ist eine inakzeptable Entwicklung, gegen die wir kämpfen müssen.

Es gibt aber noch eine dritte Lehre. Diese war immer umstritten: dass die Bundesrepublik Deutschland, auch deutsche Linke, zu einer bedingungslosen Solidarität mit dem Staat Israel verpflichtet sind. Dabei ist wichtig zu sehen, dass „Staat“ und „Regierung“ nicht dasselbe sind. Regierungen und deren Politik kann man immer kriti-

sieren. Nur greift das die Legitimität des Staates nicht an. Wie umstritten dennoch diese Konsequenz ist, erkennt man daran, dass hier gern von einer Staatsräson gesprochen wird. Staatsräson ist immer etwas für den demokratischen Prozess Un-



verfügbares. So als hätte man Sorge, dass andernfalls, wäre das besondere Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zum Staat Israel Gegenstand demokratischer Debatte, etwas „Falsches“ herauskommen könnte. Aber darum ist ja gerade politisch zu kämpfen, dass das nicht passiert.

Wie lässt sich dieses besondere Verhältnis rechtfertigen? Ganz einfach gesagt dadurch, dass der Nationalsozialismus dem Zionismus historisch recht gegeben hat. Lange glaubten Jüdinnen und Juden, inspiriert durch die bürgerliche Aufklärung, dass die modernen Nationalstaaten, die liberalen und demokratischen Verfassungs-

staaten insbesondere, die Hindernisse für eine soziale und staatsbürgerliche Integration jüdischer Minderheiten beseitigen würden. Jedoch nahm im letzten Drittel des neunzehnten Jahrhunderts die Feindschaft gegenüber Jüdinnen und Juden wieder zu. In Deutschland erlangte Heinrich Gottward von Treitschke Bekanntheit, indem er den so genannten Antisemitismusstreit auslöste. Der Satz „Die Juden sind unser Unglück“ geht auf ihn zurück. In Frankreich ereignete sich zur selben Zeit die Dreyfus-Affäre. Im zaristischen Russland gab es größere Pogrome. Diese Erfahrungen ließen Intellektuelle wie Theodor Herzl daran zweifeln, dass die staatsbürgerliche Integration der Jüdinnen und Juden erfolgreich sein könnte. Für ihn gab es nur eine Lösung: die Jüdinnen und Juden benötigen ihren eigenen Staat, um frei von Verfolgung leben zu können.

Ironischerweise blieb der Zionismus innerhalb des Judentums stets eine Minderheitsideologie. Erst die nationalsozialistische Herrschaft machte deutlich, wie wenig die Jüdinnen und Juden trotz moderner Staatlichkeit vor Verfolgung geschützt sind, wenn radikale Antisemiten die Macht ergreifen. Deshalb arbeitete die UNO nach dem Zweiten Weltkrieg den Teilungsplan für das Mandatsgebiet Palästina aus und anerkannte damit ausdrücklich die historische Berechtigung des Zionismus. Wer heute so tut, als könnte man das Existenzrecht Israels infrage stellen, der unterbricht den Zusammenhang zwischen antisemitischen Vernichtungsvorstellungen und dem Recht von Jüdinnen und Juden, sich Schutz vor derartigem Vernichtungswillen zu organisieren. Deshalb ist die Solidarität mit dem Staat Israel bedingungslos. Wer dem Satz „Nie wieder Auschwitz!“ zustimmt, der kann das Existenzrecht Israels nicht relativieren.



TERMINE

Datum	Zeit	Veranstaltung	Ort	Raum
Do., 13.2.	19:00 Uhr	Rosa-Luxemburg-Stiftung: Duvarlar Mauern Walls - Migrantische Perspektiven auf den Mauerfall (Dokfilm und Gespräch mit Regisseur) im Rahmen der Veranstaltungsreihe 'Vergessene Aspekte - Ein Kratzen am Mythos der friedlichen Revolution'	Rostock	LiWu Barnstorfer Weg 4
Sa. 22.2.	19:30 Uhr	Rosa-Luxemburg-Stiftung: Die Vertreibung des Bauhauses aus Dessau 1932 und der Kulturkampf von Rechts Ein dokumentarisches Theaterstück von Lars Breuer und Bianca Beck	Rostock	Peter-Weiss-Haus STUDIO HDF Doberaner Str. 21
Sa., 29.2.	10:00 Uhr	Edeltraud Felte (Ältestenrat DIE LINKE): "Alternativen zum Kapitalismus - warum und wie heute suchen?" Vortrag und Diskussion	Rostock-Eversh.	MGH Maxim-Gorki-Straße 52
Sa., 7.3.	09:30 Uhr	1. Tagung des 7. Kreisparteitages (Neuwahl der Gremien)	Rostock	Waldemar Hof
Do., 26.3.	18:00 Uhr	Rosa-Luxemburg-Stiftung: Zukunft oder Ende des Kapitalismus? Eine kritische Diskursanalyse in turbulenten Zeiten, mit Prof. Dieter Klein	Rostock	Peter-Weiss-Haus Doberaner Str. 21

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

AUSSTELLUNG „Schicksal Treuhand - Treuhand-Schicksale“

Die Treuhandpolitik brach 1990 wie ein Schicksalsschlag über die Ostdeutschen herein. Waren sie im Herbst 1989 selbstbewusst für Freiheit und Demokratie auf die Straßen gegangen, nahm ihr Leben nun eine ungewollte Wendung. 9.000 volkseigene Betriebe mit insgesamt 4,1 Millionen Arbeitsplätzen sollte die Treuhandanstalt innerhalb kürzester Zeit «marktauglich» machen. Die Betriebe wurden privatisiert oder liquidiert. Millionen Menschen wurden arbeitslos. Wie erging es den Menschen dabei? Wie gingen sie mit dieser «Schocktherapie» um? Wie verarbeiteten sie die biografischen Brüche?

Davon erzählt die Ausstellung der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie gibt einen Einblick in die Vielzahl der Lebenswege. Die 13 ausgewählten Branchen und Betriebe stehen exemplarisch für die ostdeutsche Wirtschaft. Die meisten ostdeutschen Familien waren vom Wirken der Treuhandpolitik betroffen, ihr ausgeliefert. Sie erlebten die Treuhandanstalt als Schicksalsmacht. Als lebensgroße Porträts treten sie den Besucher*innen in der Ausstellung buchstäblich auf Augenhöhe gegenüber und berichten von ihren Erfahrungen. Über QR-Code können kurze Sequenzen aus ihren Erzählungen angehört werden, in denen sich die damalige Stimmungslage auch heute noch widerspiegelt.

Weitere Termine im Rahmen der Ausstellung:

06.02. 11.30 Uhr Pressegespräch mit Gre-

gor Gysi
06.02. 12-13 Uhr „Mittagspodium“ Gregor Gysi im Gespräch
Societät Rostock maritim (ehem. Schifffahrtsmuseum), August-Bebel-Str. 1

08.02.2020
14:00-15:00 Uhr: geführte Ausstellungsbesichtigung mit Katrin Rohnstock (Kuratorin)
15:00-16:30 Uhr: Film „Wadans Welt“ mit Gespräch (Hr.Schuhmann/Regisseur)
16:30-19:00 Uhr: Erzählalon mit Zeitzeug*innen
Societät Rostock maritim (ehem. Schifffahrtsmuseum), August-Bebel-Str. 1

Die Ausstellung ist vom 28.1. bis zum 2.2. im Rathaus Rostock (Neuer Markt 1a) und ab dem 4.2. bis 14.2.in der Societät Rostock Maritim (August-Bebel-Str. 1) zu sehen.

Der Eintritt ist frei.



IMPRESSUM

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock
Kröpeliner Straße 24
18055 Rostock
Telefon: 0381-4920010
Telefax: 0381-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock, Geschäftsstelle Güstrow, Markt 34, 18273 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: landkreis-rostock@die-linke-mv.de
Internet: www.die-linke-landkreis-rostock.de

Redaktion: Wolfgang Bergt, Peter Hörnig, Dr. Carsten Penzlin, Julia Schlaefer
Layout: Carsten Penzlin
E-Mail: redaktion.klartext@web.de

Spendenkonten der LINKEN:
Landkreis Rostock:
IBAN: DE31 2003 0000 0028 6067 07
BIC: HYVEDEMM300
Hypo-Vereinsbank
Rostock:
IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84
BIC: NOLADE21ROS
OSPA Rostock
Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwählende Kürzungen vor.
Abonnement: 2,50 € pro Ausgabe
(Spende + Versandkosten)

AUS DEM LANDKREIS

Streik bei ALBA - LINKE fordert Rekommunalisierung

Die ALBA Nord GmbH weigert sich, einen Tarifvertrag abzuschließen. Sollte es bei dieser Position bleiben, fordert DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern, die an das Privatunternehmen vergebene Müllentsorgung wieder in die öffentliche Hand zurück zu holen.

„Schlimm genug, dass Aufgaben der Daseinsvorsorge an Private übergeben werden. Die öffentliche Hand sollte zuständig sein, auch für die Müllentsorgung. Wenn nun das Privatunternehmen zu niedrige Löhne zahlt, muss der Auftraggeber, in diesem Fall der Landkreis Rostock, handeln.“, so Torsten Koplín, Landesvorsitzender.

„Am Ende sind die schlecht bezahlten Mitarbeiter auf soziale Hilfen angewiesen, weil ihre Löhne zum Leben nicht reichen. Das heißt, die öffentlichen Kassen unterstützen die Dumpinglöhne der Privatunternehmen, die aber trotzdem Gewinne machen. Dieser Missstand muss beendet werden!“, so Koplín weiter.

Da der Vertrag mit ALBA Nord noch ein paar Jahre Bestand hat, könnte

der Landkreis eine Rekommunalisierung in Ruhe prüfen und vorbereiten:

„Viele Kommunen beweisen, dass eine kommunale Müllentsorgung nur Vorteile hat. Gute Löhne, faire Gebühren und oft bleibt sogar noch Geld übrig, um die öffentlichen Haushalte zu stärken. Rekommunalisierungen werden immer häufiger vorgenommen und sie sind genauso häufig erfolgreich. Die öffentliche Hand kann Leistungen der Daseinsvorsorge verlässlich und in hoher Qualität anbieten.“

Die Frage bleibt, wie unsere Solidarität aussehen kann. Wenn gestreikt wird, können wir teilnehmen. Wir sollten online etwas dazu machen und DIE LINKE im Landkreis (KV) ermutigen, die Rekommunalisierung zu fordern.



Skizzen von Wolfgang Bergt: Die Mündung der Beke in die Warnow in Schwaan

LYRIK

D. T.

(von Janina Niemann-Rich)

Aggressivität ist Unvermögen
Konflikte zu lösen

Zeitkapsel

(von Janina Niemann-Rich)

Beunruhigend ruhig
Warten auf morgen

Verantwortungslos

(von Jürgen Riedel)

Das Grundgesetz mit mildem Republik-Blick
empört sich abgrundtief
über Unionspolitik
die sich am Begriff Verantwortung vergreift
in einem schlecht Atem-Zug
friedenshelle Verantwortung und kriegsfinstere
europäische Eingreiftruppe nennt

Friday for Future of Democracy!

(von Jürgen Riedel)

Wo ist die fortschrittliche Schülerbewegung?

Weg mit CO2-Kapitalismus!

Hin zu sozialem Klima im Land!

Jeder Tag nicht nur Freitag sei frei
Von methangasschädlicher Profitgier!

Kein jahrtausendfernes Inferno

(von Jürgen Riedel)

Nahtod-Erfahrungen ermutigen

NATO entmutigt:

bei Bündnisfall Automatismus des Grauens
wie 1914

gruftdunkles Fazit:

nichts dazugelernt

AfD applaudiert

(von Jürgen Riedel)

sie ist sich todsicher

in ihr wäre

Kramp-Karrenbauer-Karriere groß

AfD teilt strammstehende Gesinnung

von AKK krampfhaft um Kanzlerschaft bemüht:

vergangenheitsfinstere Orgie an

Marschmusik öffentlichen Gelöbnissen

loben ein Krieg-vor-Politik

Schwer beantwortbar

(von Jürgen Riedel)

ranzige Ignoranz der Union
dass Antisemit nur in und um AfD?
schmierige Taktik von CDU/CSU
Judenhass in eigenen Reihen zu leugnen?
schimmlige Mischung aus Taktik
und historischem Analphabetismus?

Räudige Bilanz

(von Jürgen Riedel)

Nicht nur einige schwarze Schafe

unter Zeitarbeitsfirmen:

schwarze Schafherde